



Interviews

Datum: 9. August 2023

Linken-Politiker Benjamin-Immanuel Hoff im Gespräch mit Moritz Küpper

Küpper: Fast auf den Tag genau ein Jahr ist es her, da trat Patricia Schlesinger als Intendantin des Rundfunk Berlin Brandenburgs, des RBB, zurück. Untreue, Vetternwirtschaft und auch Verschwendung von Rundfunkbeiträgen, so lauten die Vorwürfe beim RBB selbst. In der, ja, medialen Aufarbeitung des Ganzen, da kam man eher zum Schluss, der eigentliche Skandal sei weniger ein Massage-Sessel gewesen, sondern eben das schlechte Management mit rund 60 Millionen Euro Schaden. Wir auch immer, schon vor diesem Skandal stand und steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland - damit auch der Deutschlandfunk - unter Druck, Rechtfertigungsdruck für die Milliarden, die das System jährlich über den Rundfunkbeitrag bekommt. Der Zuspruch, der Bedarf nach Information, Einschätzung ist zwar groß, auch in der Pandemie oder auch gerade im Ukraine-Krieg noch einmal gestiegen. Auf der anderen Seite, da mehren sich die Töne, nimmt auch die Schärfe der Forderung nach Abschaffung oder Verschlankung zu. Und das alles parallel zu einem laufenden Betrieb, zu Wahlkämpfen in den Bundesländern, deren Staatskanzleien ja an dieser Diskussion beteiligt sind, auch zu Ermittlungen der Höhe des Rundfunkbeitrages, die gerade läuft. Schwierig das Ganze also. Einer, der daran maßgeblich beteiligt ist, ist Benjamin-Immanuel Hoff, Partei Die Linke, seines Zeichens Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur, Bundes- und auch Europangelegenheiten im Freistaat Thüringen. Er ist nun am Telefon, guten Morgen.

Hoff: Schönen guten Morgen, Herr Küpper.

Küpper: Herr Hoff, wie ehrlich ist die politische Diskussion um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

Hoff: Na ja, also, ich würde darauf antworten, mit „sowohl als auch“. Es gibt auf der einen Seite Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Und der muss sich ein starker öffentlicher Rundfunk auch stellen, denn so eine Institution, genauso, wie Parteien, wie Gerichte, auch wie öffentliche Institutionen, wie die Polizei muss sich in ihrem Handeln immer wieder den Bürgerinnen und Bürgern auch gegenüber legitimieren

und auch Kritik erwidern. Das gehört zur Demokratie dazu und das zeichnet uns aus. Und gleichzeitig – Sie haben auch den Fall Schlesinger angesprochen, ist Patricia Schlesinger aus meiner Sicht nicht typisch für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Es ist aus meiner Sicht eher - und erinnerte mich sehr stark, als jemand, der früher in Berlin Politik gemacht hat - an das alte West-Berlin, an diese Art von Filz und Korruption, wie sie für West-Berlin typisch war und das erschien mir in diesem Skandal eher die Haupterinnerung zu sein. Es ist kein systemisches Problem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, in dem quasi Patricia Schlesingers an jeder Ecke in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind. Aber Sie haben nach der Ehrlichkeit gefragt. Ich glaube, dass es auch in der Politik einen nicht ehrlichen Umgang mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt. Und das fängt damit an, dass man vor Jahren die Meinung vertreten hat, der öffentlich-rechtliche Rundfunkbeitrag könnte gesenkt werden. Ich hielt das damals schon für falsch. Ich habe gesagt, alle Preise steigen in gewisser Hinsicht und zu glauben, dass man den Beitrag senken könne, ist ein Problem. Man müsse das Geld, das man in dem einen Jahr nicht braucht, eher in eine Rücklage packen für schwierigere Zeiten, um Beitragssteigerungen an anderer Stelle möglicherweise zu reduzieren. Aber es hat sich dadurch in einen Selbstläufer entwickelt, der mich so ein bisschen an die politische Diskussion in den USA, angefangen von der Tea-Party erinnert, indem es eben so eine Vorstellung gibt, dass ein Staat auch völlig ohne Steuern existieren könnte. Und ich glaube, das funktioniert so nicht.

Küpper: Aber sind wir nicht genau da und bleiben wieder an diesem Punkt stehen, dass wir um den Rundfunkbeitrag, um dessen Höhe diskutieren, aber nicht eigentlich um den eigentlichen Kern des Ganzen. Denn der Rundfunkbeitrag, der ist ja sozusagen nur eine technische Folge des Auftrages. Und um den muss sich ja die Politik kümmern.

Hoff: Nein, um den muss sich nicht nur die Politik, sondern müssen sich ganz unterschiedliche Akteure, auch die Institutionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, nämlich die, die ihn ausfüllen, kümmern. Und insofern diskutieren wir das zusammen. Aber ich stimme Ihnen zu. Zu glauben, dass der Rundfunkbeitrag sich als ein politischer Wahlkampfschlager eignet, das tut er politisch in der Sache nicht. Und auf der anderen Seite haben daraus aus meiner Sicht, beginnend bei der FDP, aber eben auch die AfD und ein Teil der CDU daraus einen Wahlkampfschlager gemacht. Und ich habe an anderer Stelle mal deutlichgemacht, in Sachsen-Anhalt hatte diese Diskussion um den Rundfunkbeitrag so ein Stück weit die Idee bei der CDU in Sachsen-Anhalt, man könnte auf einem ungefährlichen Feld der AfD Konkurrenz machen.

Und jetzt macht man das schon seit zehn Jahren. Und inzwischen gibt es bei der CDU in Sachsen-Anhalt so die Überzeugung, dass die Senkung des Rundfunkbeitrages, bis hin zu seiner Abschaffung, so ein Markenkern der CDU ist. Und das ist es eigentlich nicht. Das genaue Gegenteil, zum Markenkern auch der CDU gehörte ursprünglich der Auftrag, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu stärken.

Küpper: Dazu passt eine Meldung von heute, dass die CDU-Fraktion in Sachsen-Anhalt eine Umfrage zu den Gebühren für ARD und ZDF vorgelegt hat. 92 Prozent gegen höheren Rundfunkbeitrag. Wobei, wenn man so fragt, wer will dann auch mehr Geld zahlen? Aber wir wollen doch eigentlich über die Reform sprechen. Und daher noch mal die Frage: Warum kürzt die Politik nicht einfach den Auftrag? Ich meine, das wird vielen auch hier im Haus nicht gefallen, aber das wäre ja doch der Weg oder nicht?

Hoff: Ja, die grundsätzliche Diskussion läuft ja über die Frage: Wie muss der Auftrag ausgestaltet sein? Und kann er, wenn der Rundfunkbeitrag nicht erhöht werden soll, in dieser Form aufrechterhalten werden? Es ist ein Zukunftsrat eingerichtet worden, der genau diese Diskussion für die Politik auch mitvorbereiten soll, wo Expertinnen und Experten auch außerhalb der Politik enthalten sind. Und es ist selbstverständlich auch der Auftrag an die Rundfunkanstalten selbst, die Diskussion darüber zu führen, welcher Auftragsbestandteil oder welche Art, wie der Auftrag bisher umgesetzt wird, möglicherweise angepasst werden kann. Und mir dauert die Diskussion auch zu lang. Und gleichzeitig bin ich nicht in der Situation zu sagen, ich habe den Schlüssel zur Lösung in der Hosentasche, muss ihn nur rausziehen und dann werden alle sagen, Menschenkinder, dass wir darauf nicht selbst gekommen sind. Das ist eine ultrakomplexe Diskussion. Und es ist eine Diskussion, in der sehr, sehr unterschiedliche Interessen aufeinanderprallen und in der ja beispielsweise auch über die Frage diskutiert wird. Es soll ja nicht nur der Auftrag gekürzt werden, sondern es soll ja eigentlich über die Frage diskutiert werden, wie wir einen modernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben in einer Zeit, in der eben insbesondere in den sozialen Netzwerken im Internet die Informationen durch die KI jetzt auch noch höhere Fake-News-Möglichkeiten entstehen. Und in der Situation ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Und um diese zeitgemäße Ausgestaltung geht es, das „Sturmgeschütz der Demokratie“, ein Begriff, der ursprünglich mal auf die Zeitschrift „Der Spiegel“ angewandt worden ist.

Küpper: Aber in dieser Debatte jetzt, die gerade läuft, haben jetzt einfach schon neun oder mehrere Staatskanzleien auch von verschiedenen Parteien, vor allem CDU-geprägt, einfach gesagt, der Rundfunkbeitrag – es läuft ja gerade das Verfahren zur Ermittlung des Rundfunkbeitrages für die nächsten Jahre – der darf im nächsten Jahr nicht steigen. Und das, obwohl sie laut System ja noch gar nicht gefragt sind. Erst muss ja die dafür eigens eingerichtete Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten den Finanzbedarf eben ermitteln, überprüfen. Das geschieht gerade und das empfiehlt dann eben den Landesparlamenten diese Festsetzung des Rundfunkbeitrages. Warum kann die Politik schon sagen, er soll nicht steigen, dabei hat sie es gar nicht in der Hand? Ist das nicht auch unehrlich?

Hoff: Na ja, ein Stück weit hat sie es schon in der Hand, weil über die Beitragsentscheidung letztlich in einem politischen Raum auch auf Basis der Ergebnisse der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten entscheidet und es in einem Staatsvertrag mündet, der durch die Landesparlamente gehen muss. Insofern ist das ja ...

Küpper: Können sie es blockieren.

Hoff: Ja, ja. Sie kann deutlichmachen, dass sie den Spielraum für Beitragserhöhungen nicht sieht. Und insofern ist das zumindest auch eine ehrliche Kommunikation gegenüber den Rundfunkanstalten und gleichzeitig sind wir beide der gleichen Auffassung, dass ein politischer Rundfunkbeitragspopulismus, der darauf abzielt, daraus ein Wahlkampfthema zu machen, falsch. Aber deutlich zu machen, dass ... eben auch in öffentlichen Haushalten ist es ja nicht so, dass, wenn die Einnahmen absinken, weil die Steuern beispielsweise im Zuge einer Wirtschaftskrise einbrechen, kann man eben auch im öffentlichen Haushalt der Länder und auch des Bundes nicht immer nur nach oben gehen, sondern muss zum Teil auch Einschnitte machen. Das ist ja nicht was gänzlich Ungewöhnliches. Und das verstehen auch Bürgerinnen und Bürger. Ich glaube nur, dass man Bürgerinnen und Bürgern deutlichmachen muss, dass der Rundfunkbeitrag ein Beitrag ist, mit dem wir eine hochqualitativ wichtige Aufklärungsinstitution, nämlich den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, finanzieren. Und darum geht es und das deutlich zu machen. Und dann gibt es eben ganz viele Diskussionen. Wie viel Geld müssen wir eigentlich für Sportübertragungen, insbesondere Fußball, ausgeben? Und eine Vielzahl von anderen Fragen.

Küpper: Aber muss man nicht so ehrlich sein und sagen, angesichts der Inflation, angesichts anderer steigender Kosten, wir erleben das ja alle selber, privat im Haushalt, aber eben auch ...

Hoff: Herr Küpper, ich stimme Ihnen zu. Auch an anderen Stellen steigt es an. Und gleichzeitig habe ich noch keinen guten Vorschlag gehört, wie wir das Geschäftsmodell unterbinden, indem sich diejenigen, die Fußballübertragungen verkaufen, auch eine goldene Nase damit verdienen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk natürlich versuchen muss, in diesem Wettbewerb mitzuhalten, aber Summen aufgerufen werden, die aus meiner Sicht am Ende eine Fehlinvestition der öffentlich-rechtlichen Rundfunkbeiträge sind, mit denen wir gute, andere Dinge tun können.

Küpper: Sie haben dennoch dafür plädiert, in dem Abstimmungsverhalten, was es ja gibt unter den Ländern, am Einstimmigkeitsprinzip festzuhalten. Mehrheitsentscheidungen – heißt es bei Ihnen – seien nicht der richtige Ansatz. Aber ist das nicht vielleicht ein Problem? Also, ich meine, da ist ja jeder Akteur, also, ein Land Bremen will das Radio Bremen behalten, ein Saarland den SR. Auf der anderen Seite kämpft natürlich auch jeder Sender um seinen Status. Wie soll das dann gehen?

Hoff: Na, der Ehrlichkeit halber muss man dazufügen, dass ich gesagt habe, dass für mich auch Länder, wie der saarländische Rundfunk und Radio Bremen nicht sakrosankt sind, sondern dass es in die Diskussion mit dazugehört, dass ich ja auch einen Vorschlag unterbreite zu der Diskussion über Deutschlandradio und das ZDF. Und gleichzeitig sage ich, solange wir dieses System der politischen Ländermitsprache in dieser Form haben, plädiere ich eher für ein Einstimmigkeitsprinzip, sage aber, ich bin grundsätzlich für ein Modell, in dem die Preisentwicklung an einen Index gekoppelt ist, so, wie das beispielsweise auch bei den Diäten der Abgeordneten der Fall ist. Und wenn man ein solches Indexmodell einführt, dann müsste aus meiner Sicht auch darüber nachgedacht werden, ob man dann tatsächlich immer noch jede Rundfunkbeitragsanpassung durch einen Staatsvertrag in allen Landesparlamenten beschließen muss, oder ob man dann nicht einmal einen Staatsvertrag zum Indexmodell macht und dann aber sich an dem Index orientiert und damit dem Rundfunkbeitragspopulismus auch die Grundlage entzieht.

Küpper: Herr Hoff, jetzt haben wir viel – salopp gesprochen – über diesen Laden hier, über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesprochen. Wir müssen auch noch kurz über Ihren Laden, Die Linke, sprechen. Schafft sich Ihre Partei gerade ab?

Hoff: Ich würde mal sagen, wir gehen durch eine gerade nicht einfache Zeit. Abschaffen tun wir uns nicht, aber es gibt eine Seite auch ...

Küpper: Vielleicht machen sie sich ja auf den Weg, sich abzuschaffen.

Hoff: Na ja, es gibt, wie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk seit vielen Jahren eine sehr grundsätzliche Diskussion, in welche Richtung sich die Partei entwickeln soll. Und die beiden Parteivorsitzenden haben eine ziemlich klare Aussage in Übereinstimmung mit dem Parteivorstand getroffen, nämlich zu sagen, wer öffentlich darüber spekuliert, eine eigene Partei gründen zu wollen, kann kein Mandat für die Partei Die Linke haben, sondern soll diese Entscheidung treffen und nicht quasi eine gesamte Partei in Geiselhaft nehmen. Und diese Haltung kann ich nur unterstützen. Ansonsten sind die politischen Verhältnisse – Inflation, Preissteigerungen – auch eine nicht kluge Politik der Ampel, grundsätzlich Rahmenbedingungen, in denen wir als Linke mit den Themen, die wir aufrufen, insbesondere die große Wohnungsnot in den Städten ...

Küpper: Das sind alles andere, das sind Rahmenbedingungen, aber weil Sie Sahra Wagenknecht ja indirekt gerade angesprochen haben, kann Sahra Wagenknecht oder entscheidet Sahra Wagenknecht darüber, ob Ihr Chef, Carsten Ramelow, nächstes Jahr die Wahl verliert? Denn nach einer Umfrage würde eine Abspaltung um Wagenknecht in Thüringen aus dem Stand über 20 Prozent kommen.

Hoff: Mein Ministerpräsident Bodo Ramelow wird im nächsten Jahr einen erfolgreichen Landtagswahlkampf machen, weil es in dem Wahlkampf nicht um Sahra Wagenknecht geht, sondern es geht um die grundsätzliche Richtung, wohin sich Thüringen entscheidet. In Richtung einer liberalen Demokratie wie Ungarn, wenn Höcke diese Wahl für sich entscheiden sollte. Oder ein bundesdeutsch-demokratisches Modell. Und insofern spielt Sahra Wagenknecht, die auch in Thüringen nicht antreten wird als Person, überhaupt keine Rolle. Und Gregor Gysi sagte mal in der frühen

Phase der Entwicklung der Partei Die Linke, dass solche Parteineugründungsprojekte immer einen Anteil von wenigstens 10 Prozent Irren haben. Und, wenn man so eine neue Partei gründet, dann muss man sich eben auch mit der Frage auseinandersetzen, dass es um mehr als eine Person geht. sondern da geht es darum, in jedem Land eine Parteiorganisation aufzubauen, die Regularien zu finden, dafür zu sorgen, dass man verlässlich Politik macht. Und das traue ich Sahra Wagenknecht, ehrlich gesagt, nicht zu. Sahra Wagenknecht ist sehr, sehr erfolgreich in der Selbstvermarktung. Das kann sie wirklich perfekt. Sie schreibt lesenswerte Bücher, mit denen ich in vielen Inhalten nicht übereinstimme, mit denen sie aber eine Dreiviertel Millionen Euro verdienen kann und damit zu den Best-Nebenverdienst-Bundestagsabgeordneten gehört. Das ist alles völlig in Ordnung. Aber eine sozialistische Partei aufzubauen ist was anderes. Und ich bin sehr froh, dass Bodo Ramelow in Thüringen im nächsten Jahr einen erfolgreichen Wahlkampf machen wird, wie er das auch die letzten neun Jahre in Thüringen sehr erfolgreich gemacht hat.

Küpper: Das heißt, Sie haben keine Hoffnung mehr, dass sich die zerstrittenen Lager wieder einen?

Hoff: Ich glaube, dass es in einer Situation, in der sich also ein Teil der Partei quasi schon verabschiedet hat und nur noch formal in einer Wohngemeinschaft wohnt und letztlich auch schon die Frage geklärt ist, wer, welches Fach im Kühlschrank bekommt, in der Situation kommt man nicht mehr miteinander zusammen. Und ich habe an einem bestimmten Punkt gesagt, ich möchte, dass wir nicht mehr über Sahra Wagenknecht reden, sondern das, was wir als diejenigen, die tatsächlich als Partei Die Linke gemeinsam Politik machen wollen, was wir tun können und wie wir erfolgreiche, gemeinsame Politik machen. Und wie das geht, das zeigen wir aus meiner Sicht in Thüringen.

Küpper: Sagt Benjamin-Immanuel Hoff, Partei Die Linke, seines Zeichens Chef der Staatskanzlei im Freistaat Thüringen und damit Mitarbeiter von Ministerpräsident Bodo Ramelow natürlich. Danke Ihnen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.